

## **P r o t o k o l l**

### **der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaftsangelegenheiten am 23. November 2009 im Senatssaal**

#### **Öffentlicher Teil**

**Beginn: 18:00 Uhr**  
**Ende: 20:25 Uhr**

#### **Anwesenheit**

Herr Prof. Dr. Matschke  
Herr Mundt  
Herr Franz Robert Liskow  
Herr Voss  
Herr Dr. Kerath  
Frau Heinrich i. V. für Frau Socher  
Frau Dr. Schwenke  
Frau Görs  
Frau Bruns i. V. Herrn Steiger  
Herr Dr. Fassbinder  
Herr Kolbe  
Herr Littmann i. V. für Herrn Braun

#### **Entschuldigt**

Herr Braun  
Herr Steiger  
Frau Socher

#### **Verwaltung**

Herr Hochheim	Herr Petschaelis	Herr Scheer
Herr Wille	Frau Schlegel	Herr Arenskrieger
Frau Teetz	Herr Dembski	Frau Demuth
Frau Freese	Frau Meyn	Frau Schult
Frau Berthold	Herr Niemeyer	Frau Lüdemann
Frau Baas	Herr Sappelt	Frau Resch
Herr Kremer	Frau Vahl	Frau Gömer
Frau Friedrich	Herr Wixforth	Frau Hadrath

## Gäste

Frau Hase	- OZ	Herr Heiden
Herr Haerte	- Ostseebau GmbH	Herr Hardt
Herr Jochens		

## Tagesordnung:

- 1 Sitzungseröffnung
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
- 4 Präsentation zum Immobilienbericht der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
- 5 Diskussion von Beschlussvorlagen
  - 5.1 Haushaltssicherungskonzept 2009 05/108  
*Dez. I, Amt 20*
  - 5.2 Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2010 05/137  
*Dez. I, Amt 20*
  - 5.3 Vergleichsvorschlag Bilfinger Berger AG ./.  
UHGW 05/134  
*Dez. I, Abt. Recht*
  - 5.4 Einrichtung einer Diagonalquerung für Radfahrer am Platz der Freiheit 05/126  
*SPD-Fraktion*
  - 5.5 Jahresabschluss 2008 des See- und Tauchsportzentrums- Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald 05/136  
*STZ*
  - 5.6 Änderung und Neufassung des Gesellschaftervertrages der ABS mbH 05/139  
*Dez. I, Amt 20*
  - 5.7 Weiterführung des Kultur- und Sozialpasses der Universitäts- und Hansestadt Greifswald 05/138  
2010  
*Dez. III, Amt 51*
  - 5.8 Überplanmäßige Ausgabe im Verwaltungshaushalt des Amtes für Jugend, Soziales und Familie für Leistungen nach §16 Abs. 2 SGH II - Haushaltsstelle 0.48200.784000 05/140

- Dez. III, Amt 51*
- 5.9 Überplanmäßige Ausgabe im 05/141  
Verwaltungshaushalt des Amtes für Jugend,  
Soziales und Familie im Bereich Hilfen zur  
Erziehung nach SGB VIII
- Dez. III, Amt 51*
- 5.10 Apl. Ausgabe in der Haushaltsstelle 05/145  
1.55000.935000-Förderung von  
Großsportgeräten an Vereine durch das  
Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern
- Dez. III, Amt 40*
- 5.11 Übertragung der Fußball-WM 2010 in der 05/146  
Universitäts- und Hansestadt Greifswald  
*CDU-Fraktion*
- 5.12 9. Änderungssatzung zur 05/150  
Straßenreinigungsgebührensatzung zum B 1029-  
51/99 vom 09.03.1999 für die Jahre 2010 - 2011  
(Straßenreinigungsgebührensatzung 2010 - 2011)
- Dez. II, Amt 66*
- 5.13 Prüfauftrag zur weiteren Zukunft des Hafens 05/151  
Ladebaws  
*CDU-Fraktion*
- 5.14 Entschließungsantrag zu den 05/152  
Steuersenkungsplänen der Bundesregierung  
*SPD-Fraktion*
- 6 Information der Verwaltung
- 7 Fragen, Vorschläge und Anregungen der  
Ausschussmitglieder
- 8 Informationen des Ausschussvorsitzenden
- 9 Bestätigung des Protokolls vom 05.10.2009
- 10 Schluss der Sitzung

*Zu TOP: 1 Sitzungseröffnung*

Herr Prof. Dr. Matschke eröffnet die Sitzung. Es sind 12  
Ausschussmitglieder anwesend.

---

*Zu TOP: 2 Bestätigung der Tagesordnung*

Es wurden zusätzlich zur Tagesordnung drei Punkte aufgenommen:

5.12 „9. Änderungssatzung zur Straßenreinigungsgebührensatzung  
zum B 1029-51/99 vom 09.03.1999 für die Jahre 2010 – 2011

---

(Straßenreinigungsgebührensatzung 2010 – 2011)“

5.13 „Prüfauftrag zur weiteren Zukunft des Hafens Ladebows“

5.14 „Entschließungsantrag zu den Steuersenkungsplänen der Bundesregierung“

Der Tagesordnungspunkt 5.3 „Vergleichsvorschlag Bilfinger Berger AG ./ UHGW“ wird dem Tagesordnungspunkt 5.1 vorgezogen.

Da es keine weiteren Änderungsanträge zur Tagesordnung gibt, ist diese in der Form beschlossen.

---

*Zu TOP: 3 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner*

Zu diesem Tagesordnungspunkt spricht Herr Jürgen Haertel, Geschäftsführer der Ostseebau GmbH Greifswald, vor. Gemeinsam mit seinem Partner hat Herr Haertel einen Bebauungsplan aufstellen lassen, der allen Fraktionen vorliegt. Herr Haertel bittet darum, diesen Bebauungsplan in den Ausschüssen zu behandeln.

---

*Zu TOP: 4 Präsentation zum Immobilienbericht der Universitäts- und Hansestadt Greifswald*

Allen Ausschussmitgliedern wurde im Vorfeld der Immobilienbericht per E-Mail zugesandt und heute nochmals in Papierform übergeben. Die Präsentation zum Immobilienbericht wird durch Herrn Kremer vorgenommen. Der Bericht umfasst den gesamten Bereich des Immobilienverwaltungsamtes und trifft Aussagen zum

technischen Gebäudemanagement,  
Energiemanagement,  
infrastrukturellen Gebäudemanagement,  
kaufmännischen Gebäudemanagement sowie zur  
Liegenschaftsverwaltung.

Herr Kremer geht detailliert auf einzelne Schwerpunkte ein und zeigt auf, wie der Stand ist und wo Handlungsbedarf besteht. Die erarbeiteten Kennzahlen stellt das Immobilienverwaltungsamt zur Verfügung. Es gilt jetzt, diese durch die Verwaltung und den politischen Raum entsprechend umzusetzen und bei der weiteren Arbeit zu berücksichtigen.

Die Ausschussmitglieder nehmen den Immobilienbericht zur Kenntnis.

---

*Zu TOP: 5 Diskussion von Beschlussvorlagen*

*Zu TOP: 5.3 Vergleichsvorschlag Bilfinger Berger AG ./ UHGW*

Frau Schlegel, Rechtsabteilung, führt in die Vorlage ein.

Dem Vergleich liegt der Sachverhalt zugrunde, dass derzeit beim Landgericht Rostock ein Rechtsstreit anhängig ist, in dem die Bilfinger Berger AG die UHGW auf Zahlung von Mehrvergütungsansprüchen aus dem Bau eines Personentunnels im Rahmen der Baumaßnahme „Bahnparallele“ in Höhe von ca. 360.000 € nebst Zinsen in Höhe von 8 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz verklagt.

Dies resultiert aus einem Bauauftrag an die Bilfinger Berger AG aus dem Jahr 2005, in dem die Firma mit dem Neubau einer Eisenbahnunterführung am Bahnhof Greifswald mit einem Angebotspreis von ca. 1,14 Mio. € beauftragt wurde. Im Zuge der Bauausführung hat sich herausgestellt, dass nach Darlegung der Bilfinger Berger AG eine deutliche Mehraufwendung an Bewehrungsstahl notwendig wurde. Die UHGW hat diese Forderung auf Anraten der baubegleitenden und bauüberwachenden Firma Grassel GmbH zunächst abgelehnt.

Zwischenzeitlich ist man allerdings nach Einschätzung eines befragten Prüfstatikers im Auftrag des Eisenbahnbundesamtes und des Fachamtes zu der Erkenntnis gelangt, dass dieser Mehraufwand voraussichtlich doch erforderlich gewesen ist. Zur Höhe des Mehraufwandes wurden durch das Fachamt und der Bauoberleitung eigenständige Berechnungen durchgeführt. Hieraus würde sich eine Gesamtforderung in Höhe von ca. 124.000 €, zuzüglich der entstandenen Zinsen ein Gesamtzahlungsanspruch der Klägerin in Höhe von ca. 157.000 € ergeben. Da es durchaus denkbar ist, dass ein gerichtlich bestellter Gutachter einen höheren Mehraufwand als die Bauoberleitung und das Fachamt ermittelt, ist die Mehrzahlung von ca. 18.000 € aus dem bestehenden Prozessrisiko gerechtfertigt. Außerdem würden die Sachverständigenkosten im vorliegenden Verfahren allein den Mehrzahlungsbetrag in Höhe von ca. 18.000 € aufwiegen, weshalb eine weitere Prozessführung unwirtschaftlich wäre.

Der Vergleichsvorschlag sieht vor, dass die UHGW letztlich die Hälfte des Wertes, also 175.000 €, an die Firma Bilfinger Berger AG zahlt und eventuelle Schadenersatzansprüche der UHGW gegenüber der Ingenieurbüro Grassl GmbH an die Firma Bilfinger Berger AG abgetreten werden.

Herr Mundt fragt nach, wie sich nach der 1/3-Finanzierung jetzt die Summe zusammensetzt. Frau Schlegel erklärt, dass die UHGW vom Vergleichsbetrag (175.000 €) nur 1/3 bezahlt und nicht den Gesamtbetrag. Weiterhin erklärt sie auf Nachfrage, dass zwischenzeitlich die grundsätzliche Vergleichsbereitschaft der Kreuzungsbeteiligten (Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Bahn AG) besteht.

Frau Schlegel verlässt den Sitzungssaal.

Den weiteren Fragen der Ausschusmitglieder stellt sich der Projektsteuerer der Bahnparallele, Herr Hardt, von der Firma HTG Schwerin.

Herr Dr. Kerath hinterfragt, warum in der Finanzierungsleiste der Vorlage der Bedarf von 175.000 € steht, wenn die Stadt letztlich nur 1/3 zahlt. Herr Prof. Dr. Matschke antwortet, dass die Stadt dort haushaltstechnisch in Vorleistung geht und die fehlenden 2/3 von den anderen Beteiligten dann einholt. Die Einnahmeseite ist in der Vorlage nicht dargestellt.

Herr Hardt erklärt, wie sich die kreuzungsbedingten Kosten der Stadt zusammensetzen.

Herr Dr. Kerath bemerkt, dass die UHGW in diesem Vergleich nicht nur die Vergleichssumme von 175.000 € bezahlt, sondern auch eventuelle Schadenersatzansprüche der UHGW gegenüber der Ingenieurbüro Grassl GmbH an die Firma Bilfinger Berger AG abtreten soll, also letztendlich wirtschaftlich noch mehr zahlt. Weiterhin hat die Stadt ihre Anwaltskosten selber zu tragen.

Herr Arenskrieger weist auf den Vergleichstext hin, in dem steht, dass beide Parteien den Vergleich bis zum 17.12.2009 durch Schriftsatz an das Gericht sowie die jeweilige Gegenseite widerrufen können. Des Weiteren wird die UHGW den Vergleich unabhängig von diesem Gremienbeschluss widerrufen, sollten die Kreuzungsbeteiligten dem Vergleichsabschluss nicht zustimmen. Ebenso erklärt Herr Arenskrieger, dass die Schadenersatzansprüche der UHGW gegenüber der Grassl GmbH aus einem Planungsfehler des Ingenieurbüros resultieren. Die Kosten wären auch entstanden, hätte das Planungsbüro von Anfang an richtig geplant.

Herr Arenskrieger betont, dass die Zweckmäßigkeit dieses Vergleiches nochmals von zwei kritischen Institutionen geprüft wird (Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Bahn AG).

Frau Heinrich fragt nach, ob die zu zahlenden Mehrkosten im Haushalt vorhanden sind oder hier über eine außerplanmäßige Ausgabe gesprochen wird. Das Gesamtvorhaben wird Ende 2009 voraussichtlich ohne Mehrkosten abgeschlossen werden. Wie es sich zurzeit haushaltstechnisch darstellt, kann Herr Arenskrieger zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sagen. Nach der Finanzierungsleiste, so Herr Hochheim, ist der zu deckende Bedarf vorhanden.

Herr Prof. Dr. Matschke stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen

3 Stimmenenthaltungen

Zu TOP: *Haushaltssicherungskonzept 2009*  
5.1

Änderungsanträge zum Verwaltungsvorschlag

In den Jahren 2007 bis 2009 ist eine positive Entwicklung der Haushaltssituation zu verzeichnen, Fehlbeträge konnten wieder zurückgeführt werden, so Herr Hochheim. Für die Jahre 2010 und folgende wird auch aufgrund der Wirtschaftskrise eine solche Entwicklung nicht mehr feststellbar sein. Die negative Spanne zwischen der Einnahme- und Ausgabeseite wird sich vergrößern. Deshalb war die UHGW verpflichtet, ein Haushaltssicherungskonzept vorzulegen.

Ausgegangen ist man hierbei von einer Ideenliste der Verwaltung, die am 05.10.2009 im Finanzausschuss behandelt wurde. Im Ergebnis wurden 39 Maßnahmen erfasst mit einem Gesamtkonsolidierungsumfang von ca. 14 Mio. €. Zu der Ideenliste der Verwaltung haben die Fraktionsvorsitzenden eine Konsensliste erarbeitet, die einen Konsolidierungsumfang von ca. 11,1 Mio. € vorsieht. Herr Hochheim kritisiert, dass bislang noch immer nicht der Haushaltserlass des Innenministeriums vorliegt, der die Grundlage für die Erarbeitung der Haushaltspläne bildet.

Herr Dr. Kerath stellt im Einzelnen die Maßnahmen der Konsensliste vor (sie wird an alle Ausschussmitglieder verteilt). Nach Diskussion stellt sich heraus, dass bei den Positionen 4 und 37 noch Unstimmigkeiten bestehen, die bis zur Hauptausschusssitzung geklärt werden.

Herr Hochheim wird die Überarbeitung des Haushaltssicherungskonzeptes 2009 entsprechend der Konsensliste vornehmen.

Es wird über die Beschlussvorlage abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen

Herr Prof. Dr. Matschke dankt allen, die an den Entscheidungen mitgewirkt haben, und sieht in dem Abstimmungsergebnis den Beweis, dass diese Bürgerschaft auch in einer schwierigen Haushaltssituation handlungsfähig ist. Dies sei ein gutes demokratisches Zeichen.

---

Zu TOP: *Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2010*  
5.2

In der Sondersitzung des Finanzausschusses am 16.11.2009 wurde seitens der Verwaltung eine Veränderungsliste zum Verwaltungshaushalt gegenüber dem 1. Entwurf des HH-Planes 2010 vorgestellt, die bei der Abstimmung zur Haushaltssatzung mit einfließen

wird, so Herr Prof. Dr. Matschke. Des Weiteren wurden in der Sondersitzung Fragen der einzelnen Fraktionen an die Verwaltung herangetragen, die schriftlich seitens der Verwaltung beantwortet wurden.

Unklarheiten bestehen noch bei folgenden Punkten:

Herr Dr. Kerath hatte schriftlich nachgefragt, warum im Amt 10 ein neuer Abteilungsleiter installiert werden soll, bereits im letzten Jahr wurde diese Stellenbeantragung abgelehnt. Als Antwort bekam er mitgeteilt, dass dies der Landesrechnungshof in seinem Bericht vorschreibt. Herr Dr. Kerath möchte wissen, wo diese Aussage im Bericht steht. Frau Demuth nimmt dazu Stellung und legt nochmals die Gründe, die zur Zusammenführung der beiden Stellen führten, dar. Unter anderem wurde mit der Zusammenlegung die gesamte Struktur im Amt 10 umgestellt und auch ein Stellenabbau aufgezeigt, der für das Jahr 2010 eine Einsparung in Höhe von 55.000 € aufzeigt. Vom Landesrechnungshof wurde diese Strukturveränderung empfohlen.

Des Weiteren hinterfragt Herr Dr. Kerath, warum die Personalratsvorsitzende zwischenzeitlich nach der Vergütungsgruppe 12 bezahlt wird (S. 198 des Stellenplanes). Dazu erläutert Frau Demuth, dass die Personalratsvorsitzende sich auf eine Stelle beworben hatte, die sie auch erhalten hat. Als Personalratsmitglied hat sie sich dann aber nach Personalvertretungsgesetz weiterhin freistellen lassen.

Herr Dr. Fassbinder spricht die noch offenen Fragen seiner Fraktion an:

Bezüglich der Prioritätenliste, Liste 0 und 1, Punkt Städtebauförderung wurde gebeten, die Einzelmaßnahmen zu benennen. Darauf wurde bislang nicht ausführlich geantwortet, lediglich ein Zahlenmaterial übergeben. Dazu nimmt Frau Lüdemann Stellung. Herr Dr. Fassbinder möchte die Benennung der Einzelmaßnahmen, damit er weiß, was sich hinter dem Zahlenmaterial verbirgt. Diese Aufstellung wird ihm zugesagt. Gleichzeitig verweist Frau Lüdemann auf den Trägerbericht der BauBeCon, wo die Maßnahmen aufgeführt sind.

Weitere Fragen betrafen die

Prioritätenliste 0, Punkt 16: Warum stehen die Beiträge des Abwasserwerkes im Vermögenshaushalt und nicht im Verwaltungshaushalt? Frau Teetz antwortet darauf, dass die Beiträge immer im Vermögenshaushalt stehen, weil es Refinanzierungen von Investitionen sind.

Prioritätenliste 1, Punkt 9, medizintechnische Ausrüstungen, die über Gebühren refinanziert werden: Warum stehen hier die Ausgaben im Vermögenshaushalt? Die Gebühren der Refinanzierung kommen

unmittelbar im Verwaltungshaushalt an, werden dann aber in eine Sonderrücklage überführt, woraus im Vermögenshaushalt dann die Ausgaben gedeckt werden, so Herr Wille.

Prioritätenliste 1, Punkt 4: Welche weiteren Kosten müssen noch separat bis zur Inbetriebnahme der KiTa „Am Grünland“ beantragt werden? Da es sich um eine neue KiTa handelt, so Herr Scheer, werden noch Kosten im Bereich Ausrüstungen (Mobilar) getätigt. Herr Arenskrieger ergänzt, dass baulicherseits alle Baumaßnahmen ausgeschrieben wurden und diese sich im Rahmen der geplanten Mittel befinden. Da es sich um einen Neubau handelt, ist auch mit Nachträgen nicht zu rechnen. Theoretisch könnten Planungsfehler auftreten, die bislang aber noch nicht offensichtlich sind. Bezüglich der Neuausstattung fügt Herr Hochheim an, dass in der Prioritätenliste 3, Ziffer 5, die Kosten veranschlagt wurden.

Zu den Vereinsmitgliedschaften im Dezernat I möchte Herr Dr. Fassbinder wissen, warum es zu einer Erhöhung von 66.000 € auf 71.500 € gekommen ist.

Hinter den Vereinsmitgliedschaften stehen der Regionale Planungsverband, der Deutsche Städtetag, der Städte- und Gemeindetag M-V, die Deutsch-polnische Gesellschaft und der Verein Vernetzte Gesundheit, so Herr Wille. Zu einer Erhöhung des Vereinsmitgliedsbeitrages ist es im Vergleich zum Jahr 2009 bei der Mitgliedschaft im Städte- und Gemeindetag gekommen.

Wie kommt der Anstieg der Vereinsmitgliedschaften auf 154 % im Immobilienverwaltungsamt zustande? Dazu antwortet Herr Kremer, dass die UHGW neben einer bereits bestehenden Mitgliedschaft im IKON-Vergleichsring Gebäudewirtschaft Ostdeutschland auch einem 2. Vergleichsring für Hausmeisteroptimierung beigetreten ist. Für die Mitgliedschaft sind Mitgliedsbeiträge fällig.

Gibt es Einsparpotentiale beim Posten Versicherungen (in Amt 30 73.500 €)? Herr Arenskrieger erklärt, dass im Falle eines fehlerhaften Verwaltungshandelns der KSA (Kommunale Schadenausgleich) die Prozessführung übernehmen würde. Die Versicherungsprämie beträgt 73.500 €.

Zum Haushaltsplan S. 37, Allgemeine Verwaltung, Dezernat I, besteht die Frage, warum der Internetauftritt um 7.000 € gestiegen ist. Des Weiteren ist unklar, warum die Aufgabe von der Pressestelle zur Leitung des Dezernates I verschoben wurde (verwaltungsinterne Gründe?). Die Begründung lag im 0-Summen-Spiel. Jetzt allerdings betrifft die Steigerung 7.300 €, die Reduzierung jedoch nur 4.200 €. Frau Demuth wird die Frage weiterleiten.

Bezüglich der Kostensteigerung in der Datenverarbeitung kam u. a. die

Antwort, dass die neu zur Verfügung gestellte Hardware im Unterhalt sehr kostenintensiv ist. Herr Dr. Fassbinder appelliert, dass bei der nächsten Anschaffung von Hardware auch dieser Aspekt beachtet wird.

Die Frage, ob sich die Erhebung von Beiträgen für die Umlage an den Wasser- und Bodenverband als kostendeckend und sinnvoll erwiesen hat, wurde bereits weitestgehend beantwortet. Da das Refinanzierungsvolumen ein Defizit gegenüber der Beitragsleistung in Höhe von ca. 50.000 € aufweist, fragt Herr Dr. Fassbinder nach, wann man perspektivisch aus der Verlustzone herauskommen will. Herr Arenskrieger antwortet, dass aufgrund von sehr niedrigen Beträgen (unterhalb eines Euros) man lange auf eine Refinanzierung der Beitragserhöhung gegenüber den Grundstückseigentümern verzichtet hat (man hat sie dann für mehrere Jahre erhoben), weil der Verwaltungsaufwand gegenüber der Erhebung dieser Beiträge letztendlich zu hoch ist. Mit dieser Praxis ist man einem Vorschlag des Kommunalberatungsunternehmens KUBUS gefolgt. Die Stadt ist an einer wirtschaftlicheren Lösung interessiert.

Eine weitere Frage bezieht sich auf die Seite 183 und betrifft das Kulturamt (HH-Stelle 717000): Wie hoch ist der Anteil vom Zuschuss (9.000 €), der an das IPP fließt? Die Haushaltsstelle betrifft die Vereinsförderung bzw. die Förderung von Initiativen und Projekten.

Es handelt sich hierbei um Einzelbeantragungen des Fördervereins für Ausstellungsvorhaben.

Im Vermögenshaushalt stehen 48.000 € für das Selbstverbuchersystem, infolgedessen dann eine Stelle eingespart werden soll. Im Stellenentwicklungsplan wurde dazu keine Aussage getroffen. Warum? Herr Wille begründet dies mit einer evt. fehlerhaften Abstimmung. Der Stellenplan wurde zusammen mit dem Haushaltsplan im Juli abgeschlossen. Mit der Diskussion zur Haushaltskonsolidierung käme es dann zu der Stelleneinsparung. Frau Resch bemerkt hierzu, dass die Investition und die Stelleneinkürzung nicht zum gleichen Zeitpunkt vorgenommen werden kann, da die Umsetzung der technischen Voraussetzung (Umarbeitung des Bestandes) mindestens 1 ½ Jahre in Anspruch nehmen wird.

Herr Dr. Kerath hat noch eine Nachfrage zum Abschnitt 1, lfd. Nr. 27, „Museumshafen Ausbau“, 2. Bauabschnitt. Bei den Einnahmen ist ein Betrag von 758.600 € erfasst, der in den Erläuterungen als Fortführung über Interreg IIIa bezeichnet ist. Er fragt an, ob hierfür schon die Fördermittel beantragt und bewilligt worden sind. Herr Wixforth erklärt, dass es sich hier um Pomeraniefördermittel (EU-Mittel, die von der Pomerania verwaltet werden) handelt. Für diese Maßnahme benötigt man einen polnischen Träger, der vor etwa 2 Jahren ausgesucht wurde.

Das Antragsverfahren ist soweit, dass das Vorhaben planerisch und sprachlich untersetzt ist. Nach der polnischen Übersetzung wird der Antrag an die Pomerania nach Löcknitz zur Beurteilung eingereicht. Ein Ergebnis wird für das I. Quartal 2010 erwartet.

Herr Hochheim informiert, dass seinerzeit der ausgereichte Entwurf der Haushaltssatzung auf dem FAG 2009 basierte. Man ist davon ausgegangen, dass den Einnahmen in Höhe von 131 Mio. € Ausgaben in Höhe von 138,5 € gegenüberstehen und somit ein Fehlbetrag von 7,5 Mio. € im Jahr 2010 entstehen würde. Da die Verrechnung des Soll-Fehlbetrages aus dem Jahr 2008 in Höhe von 2,8 Mio. € im Verwaltungshaushalt 2010 vorgenommen wurde, beträgt demzufolge der jahresbezogene Fehlbetrag im noch vorliegenden Planentwurf für 2010 ca. 4,7 Mio. €. Zwischenzeitlich liegt das beschlossene FAG 2010 vor, es gab Überlegungen im Landtag zu einem Haushaltsstabilisierungsfonds, infolgedessen sich auch die Einnahmesituation für Greifswald verbessern würde, und das Haushaltskonsolidierungskonzept ist erarbeitet. So ist man der Überzeugung, dass mit den Maßnahmen des Haushaltskonsolidierungskonzepts ein Fehlbetrag von ca. 3 Mio. € im nächsten Haushaltsjahr mit ausgewiesen werden muss. Damit würde ein struktureller Fehlbetrag von 200.000 € entstehen.

Hierbei nicht berücksichtigt sind derzeit der BgA Friedhof und die Straßenreinigungsgebührensatzung.

Herr Hochheim hofft, dass rechtzeitig bis zur Beschlussfassung der Haushaltssatzung 2010 durch die Bürgerschaft am 14.12.2009 der Erlass des Innenministeriums vorliegt.

Er schlägt vor, zunächst über die Beschlussvorlage, wie sie jetzt vorliegt, abzustimmen und etwaige Änderungen zum späteren Zeitpunkt in der Haushaltsdurchführung einzuarbeiten.

Nach umfangreicher Diskussion lässt Herr Prof. Dr. Matschke über die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen  
5 Enthaltungen

---

Zu TOP: *Einrichtung einer Diagonalquerung für Radfahrer am Platz der Freiheit*  
5.4

Herr Littmann bringt die Vorlage. Zu diesem Vorhaben wurde ein Vertreter des Fahrradclubs Deutschlands befragt, der diese Diagonalquerung befürwortet hat. Die SPD-Fraktion bittet den Ausschuss, diesem Antrag stattzugeben. Die Verwaltung begrüßt diesen Vorschlag, so Herr Arenskrieger, entsprechende Überlegungen gibt es schon, technisch wäre die Umsetzung mit geringen Aufwendungen möglich.

---

*Zu TOP: Jahresabschluss 2008 des See- und Tauchsportzentrums (STZ) -  
5.5 Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald*

Der Jahresabschluss des See- und Tauchsportzentrums wird von Herrn Schult vorgestellt. Es werden die Gründe genannt, die zum Jahresergebnis führten (83.000 € schlechter als im Jahr 2007):

- schlechtwetterbedingte Seetage,
- wenige Mitsegler,
- Ausfall eines Seglertörns,
- große Wertinspektion, die alle 5 Jahre stattfindet,
- gestiegene Fahrzeugkosten durch erhöhte Dieselausgaben (erhöhter Dieserverbrauch durch geringe Windverhältnisse),
- Personalkostenerhöhung durch tarifliche Steigerung.

Positiv war die Entwicklung der Werbeeinnahmen (+ 3.700 €) und Sponsoring (insgesamt 28.000 € und somit 4.000 € mehr als im Vorjahr).

Es ist jetzt schon absehbar, dass das Jahresergebnis für 2009 ähnlich aussehen wird. Viel Handlungsspielraum, um ein positiveres Ergebnis zu erreichen, gibt es nicht. Letztlich wird es weiterhin eine politische Entscheidung der Bürgerschaft sein, wie lange das Segelschulschiff noch erfolgreich unter Greifswalds Flagge fahren wird. Ein weiteres Problem ist der Umgang mit der Artur Becker.

Die Artur Becker steht im Anlagevermögen und wird jedes Jahr abgeschrieben. Eine Vorschrift besagt jetzt, dass das Schiff nur noch mit 12 Personen fahren darf. Der Verein ist in Widerspruch gegangen, der noch nicht beschieden wurde. Entweder das Schiff muss umfangreich zu einem Fahrgastschiff umgebaut werden, oder es wird verkauft oder verschrottet.

Herr Schult bittet um Anwendung der üblichen Verfahrensweise, den Jahresverlust 2008 in Höhe von ca. 212.000 € durch Entnahme aus der allgemeinen Rücklage des STZ auszugleichen.

Auf die Nachfrage nach dem hohen Bestand an flüssigen Mitteln und sonstigen Wertpapieren erklärt Herr Schult, dass es sich bei den Wertpapieren um einen Fonds bei der Volksbank und Bundessparkassenbriefe bei der Sparkasse Vorpommern handelt.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen

---

*Zu TOP: Änderung und Neufassung des Gesellschaftervertrages der ABS mbH  
5.6*

Frau Teetz erklärt, dass eine Änderung und Neufassung des Gesellschaftervertrages aufgrund von Strukturveränderungen

---

erforderlich wurde. In diesem Zuge wurden redaktionelle Änderungen in Anpassung an die Kommunalverfassung eingearbeitet. Die eingearbeiteten Änderungen wurden im Änderungsmodus kenntlich gemacht. Der geänderte Gesellschaftsvertrag wurde mit den anderen Gesellschaftern abgestimmt.

Über die Vorlage wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen

---

*Zu TOP: 5.7 Weiterführung des Kultur- und Sozialpasses der Universitäts- und Hansestadt Greifswald 2010*

Zu der Beschlussvorlage wird noch ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN zum § 2 „Begünstigte Personen“ ausgereicht, den Herr Dembski näher erläutert. Herr Scheer ergänzt, dass es der Wunsch der Bürgerschaft war, die Satzung des KUS zu überarbeiten. Die Satzungsänderung wurde durch die Rechtsabteilung geprüft. Der Vorschlag der Fraktion wird in die Satzung eingearbeitet.

Es wird über die Vorlage abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen

---

*Zu TOP: 5.8 Überplanmäßige Ausgabe im Verwaltungshaushalt des Amtes für Jugend, Soziales und Familie für Leistungen nach §16 Abs. 2 SGB II - Haushaltsstelle 0.48200.784000*

Er Scheer trägt vor, dass es in dieser Vorlage um Leistungen nach § 16, Abs. 2 des SGB II geht. Dieser Paragraph wurde aufgrund der Haushaltssystematik neu zugeordnet. Hierbei geht es um nicht leistungsfähige Eltern, die ihre Kinder in Kindertageseinrichtungen bringen, deren Elternbeitrag ganz oder teilweise übernommen werden.

Mittlerweile gibt es in der UHGW einen Elternanteil von 45 %, die nicht leistungsfähig sind, um diesen Elternbeitrag zu bezahlen. Für Familien, die Leistungen von der ARGE erhalten, muss ein Zuschuss für die Betreuung der Kinder entsprechend SGB II § 16 Abs. 2 gewährt werden; das ist gesetzlich so festgeschrieben.

Auf Nachfrage erklärt Herr Scheer, dass dieser Zuschuss nur für Greifswalder Kinder gezahlt wird. Wenn allerdings Kinder aus Greifswald in Umlandgemeinden betreut werden, muss dieser Zuschuss von der Stadt an die Umlandgemeinden gezahlt werden (zurzeit beträgt dieser ca. 20.000 €). Die Stadt zahlt kein Geld für Kinder, die aus dem Umland kommen und bei uns betreut werden.

Es gibt keinen weiteren Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen

---

*Zu TOP:  
5.9 Überplanmäßige Ausgabe im Verwaltungshaushalt des Amtes für Jugend, Soziales und Familie im Bereich Hilfen zur Erziehung nach SGB VIII*

In dieser Vorlage geht es um Leistungen aus dem Bereich der Jugendhilfe, so Herr Scheer. In Bezug auf Kinderschutz- und Kindeswohlgefährdungsmeldungen ist in den letzten Jahren ein massiver Anstieg zu verzeichnen. Waren es vor 3 Jahren noch 25 Meldungen im Jahr, so sind es jetzt im Jahr bereits ca. 200 Fälle. Von diesen 200 Meldungen werden ca. 40 bis 45 Fälle jugendhilferelevant. Es werden im Rahmen der Sozialpädagogischen Familienhilfe Sozialarbeiter/-pädagogen in diese Familien geschickt, um diese Familien dazu zu bringen, ihre Kinder wieder vernünftig zu versorgen und zu betreuen. Des Weiteren ist auch ein Anstieg bei der Heimunterbringung zu verzeichnen.

Über die Vorlage wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen

---

*Zu TOP:  
5.10 Apl. Ausgabe in der Haushaltsstelle 1.55000.935000-Förderung von Großsportgeräten an Vereine durch das Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern*

Herr Dembski erklärt, dass das Innenministerium im Haushaltsjahr 2009 Investitionsfördermittel zur Anschaffung von Großsportgeräten zur Verfügung stellt. Die Zuwendung beträgt 75 % der Gesamtausgabe, wobei der Eigenanteil in Höhe von 25 % durch die Vereine selbst getragen und somit der kommunale Haushalt nicht belastet wird.

Es gibt keinen weiteren Diskussionsbedarf.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen

---

*Zu TOP:  
5.11 Übertragung der Fußball-WM 2010 in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald*

Im Namen der CDU-Fraktion bittet Herr Mundt den Oberbürgermeister, zu prüfen, ob die Möglichkeit der Aufstellung einer Großleinwand zur Übertragung von Spielen auf dem Marktplatz für die Zeit der Fußball-

---

WM 2010 besteht und wie dieses Vorhaben finanziell umgesetzt werden kann.

Frau Heinrich spricht sich gegen die Art der Finanzierung aus. Sie fordert die Aufführung der Finanzierungsquellen. Herr Dr. Fassbinder und Herr Kolbe schließen sich dem an.

Herr Dr. Kerath regt an, bis zur Hauptausschusssitzung die Begründung bezgl. der Finanzierung zu überarbeiten.

---

Zu TOP:  
5.12      *9. Änderungssatzung zur Straßenreinigungsgebührensatzung zum B 1029-51/99 vom 09.03.1999 für die Jahre 2010 - 2011 (Straßenreinigungsgebührensatzung 2010 - 2011)*

Herr Wixforth führt in die Vorlage ein. Da ab 01.01.2010 die Straßenkehrung durch die UHGW für alle zu reinigenden Straßen gemäß Straßenreinigungssatzung durch den städtischen Bauhof ausgeführt wird, ändert sich auch die Kostenstruktur und der Kostenumfang der zu berücksichtigenden Gebührenkosten. So fallen beispielsweise Kostenbestandteile, wie Mehrwertsteuer, Gewerbesteuer oder auch Gewinnanteile zukünftig nicht mehr bei der Straßenreinigungsgebührenkalkulation an.

Im periodischen Vergleich der Jahresgebührensätze je Frontmeter ist ein Fehler aufgetreten (Seite 3, Tabelle). In der Reinigungsklasse 3 in der 1. Spalte muss statt 3,76 € 4,33 € stehen, und die Gebührenänderung beträgt somit nicht +0,13 € sondern -0,44 €.

Herr Wixforth erklärt auf Nachfrage, dass in dieser Gebührenkalkulation nur die Abschreibungen der Gebrauchtfahrzeuge niedergeschlagen sind.

Herr Prof. Dr. Matschke stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen

---

Zu TOP:  
5.13      *Prüfauftrag zur weiteren Zukunft des Hafens Ladebow*

Die CDU schlägt vor, dass eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe zur Entwicklung des Hafens Ladebow gegründet wird und diese dann regelmäßig die Gremien der Bürgerschaft über Tätigkeit und Ergebnisse informiert.

Sowohl Herr Dr. Fassbinder, Frau Heinrich als auch Herr Dr. Kerath sprechen sich dafür aus, Bürgerschaftsmitglieder in diese Arbeitsgruppe zu integrieren. Herr Prof. Dr. Matschke unterstützt dies. Herr Hochheim ergänzt, dass die Geschäftsordnung der Bürgerschaft eine solche Form von Arbeitsgruppen nicht mehr vorsieht.

---

Zu TOP: 5.14 *Entschließungsantrag zu den Steuersenkungsplänen der Bundesregierung*

Der Entschließungsantrag steht im unmittelbaren Zusammenhang mit den Plänen, die heute diskutiert wurden, u. a. auch mit der Haushaltssituation der UHGW und mit den Folgen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes, das mitunter auch Nachteile aufzeigt, die letztendlich Bürger treffen, die Mindereinnahmen haben, so Herr Dr. Kerath. Es wird appelliert, sich auf allen Ebenen für eine solidarische und sozial gerechte sowie die kommunale Selbstverwaltung erhaltende Wachstumspolitik einzusetzen. Der Antrag wird ohne Beschlußfassung weitergeleitet.

---

Zu TOP: 6 *Information der Verwaltung*

keine

---

Zu TOP: 7 *Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder*

keine

---

Zu TOP: 8 *Informationen des Ausschussvorsitzenden*

keine

---

Zu TOP: 9 *Bestätigung des Protokolls vom 05.10.09*

Zum Protokoll liegen keine Änderungswünsche vor und ist somit beschlossen.

---

Zu TOP: 10 *Schluss der Sitzung*

Herr Prof. Dr. Matschke beendet den öffentlichen Teil der Ausschusssitzung um 20:25 Uhr.

---

Prof. Dr. Manfred Matschke  
Ausschussvorsitzender

Birgit Rosolski  
für das Protokoll